



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

34. Sitzung (öffentlich)

25. Juni 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.10 Uhr

Vorsitz: Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Gesetz zur Stärkung von Bildung und Erziehung (Schulrechtsänderungsgesetz 2003) Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3722 Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3722 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.	1
2 Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) Vorlage 13/2185 Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt der Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) - Vorlage 13/2185 - mit Ausnahme der Bestimmungen für die Fachschule für Sozialpädagogik (Erzieherinnen- und Erzieherausbildung) - mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.	13

- 3 Wie sind die Berufskollegs darauf vorbereitet, wenn sich angesichts der schwierigen Lehrstellensituation die Schülerzahlen an den Berufskollegs erheblich erhöhen?** 22

- Bericht der Ministerin Ute Schäfer, Aussprache.

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Stärkung von Bildung und Erziehung (Schulrechtsänderungsge- setz 2003)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3722

Bernhard Recker (CDU) kommt zunächst auf die Anhörung am 18. Juni 2003 zu sprechen - vgl. APr 13/906. In der Anhörung habe es massive grundsätzliche Bedenken gegen die Inhalte und die Rahmenbedingungen, unter denen der Gesetzentwurf umgesetzt werden solle, gegeben. Nahezu einstimmig hätten die Experten eine grundsätzliche Überarbeitung in allen wesentlichen Bereichen gefordert.

Neben den inhaltlichen Bedenken sei von den Sachverständigen der Vorwurf erhoben worden, dass die Betroffenen nicht mitgenommen worden seien, obwohl sie das Ganze umsetzen müssten. Die Ministerin habe eine große Chance verpasst, zumal sie zunächst den Dialog angeboten habe.

Die Koalitionsfraktionen müssten die Bedenken der Betroffenen berücksichtigen, um gemeinsam vertretbare Lösungen zu finden. Er habe noch nie eine Anhörung erlebt, in der ein Vorhaben so eindeutig und massiv abgelehnt worden sei. Wenn die Politiker die Anhörung nur als Alibiveranstaltung verstünden und nicht ernst nähmen, machten sie sich unglaubwürdig.

Die Experten, die in der Anhörung zu Wort gekommen seien, seien nicht einmal politische Gegner der SPD gewesen, sondern Betroffene, die aus ehrlicher Überzeugung mit ihrem Fach- und Sachverstand schonungslos die Defizite aufgezeigt hätten.

Im Interesse der Sache müsse es möglich sein, Zeit zu gewinnen, um nach Lösungen zu suchen. Er frage die Ministerin, welche Konsequenzen die Landesregierung aus dieser Anhörung ziehe und ob sie das Verfahren ändern wolle.

Klaus Kaiser (CDU) meint, je länger er sich mit dem Gesetzentwurf beschäftige, um so größer würden die Zweifel. Das beginne beim Titel, der abgekürzt "SchRÄG" heiße. Der Entwurf sei am 01.04.2003 veröffentlicht worden. Der Ministerpräsident spreche von "rot pur". Offensichtlich treffe das auf den Gesetzentwurf zu. Die SPD-geführte Landesregierung sei nicht in der Lage, einen Gesetzentwurf vorzulegen, bei dem die Betroffenen mitgenommen würden. Dieser Eindruck sei in der Anhörung gefestigt worden.

Der Gesetzentwurf sei in der Anhörung einstimmig abgelehnt worden, selbst von denjenigen, die gegenüber den Koalitionsfraktionen ansonsten ein gewisses Wohlwollen zum Ausdruck brächten. Gerade sie hätten kein gutes Haar an der Sache gelassen. Herr Beckmann vom VBE habe den einzigen Ausweg aufgezeigt. Er fordere die Ministerin auf, den Entwurf zurückzuziehen und dann etwas Vernünftiges auf den Weg zu bringen.

Ministerpräsident Steinbrück habe ein Ministerium mit den Bereichen Schule, Jugend und Kinder in die Tat umgesetzt. Er habe sich davon eine inhaltliche Qualitätsverbesserung erhofft.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

zung versprochen. Die Türschilder seien geändert worden. Das Gesetz, das von diesem neuen Ministerium entworfen worden sei, trage zu keiner inhaltlichen Qualitätsverbesserung bei. Das habe sicher auch damit zu tun, dass sich das Ministerium nicht genügend Zeit genommen habe, über die Richtung genau nachzudenken.

Zum Bildungsverständnis: Von vielen Teilnehmern sei kritisiert worden, dass das Bildungsverständnis nicht klar werde. 64 Einzelfallregelungen würden vorgenommen, aber das Ziel sei nicht erkennbar. Das habe etwa Gerhard Stranz von der Internationalen Vereinigung der Waldorfkindergärten gesagt.

Schon die Prämisse, die Grundschule als Grundlage für das Lernen in der Schule zu betrachten, sei falsch. Die Grundlage der Bildung beginne doch mit der Geburt des Kindes. Von Geburt an lerne ein Kind. Es sei zu fragen, wann das Land mit seinen Möglichkeiten an der Bildung und Erziehung der Kinder teilnehmen wolle. Das Bildungsverständnis, das in dem Gesetzentwurf zum Ausdruck komme, zeuge von einer Nachlässigkeit, die nicht zu Qualität führen könne. Der Gesetzentwurf sei alles andere als innovativ. Er verursache auch noch viel Bürokratie.

Der Redner stimmt Herrn Dr. Schmitter zu, wenn dieser sage: Dieser Gesetzentwurf atme immer noch den Geist von Verordnen. Es sei kein neues Managementsystem zu entdecken, auch keine moderne Schulverwaltung. Er zitiere Herrn Schmitter:

"Die Notwendigkeit, Schulentwicklung im Dialog aller Beteiligten zu fördern und mit Zielvereinbarungen zu initiieren, bleibt ungenutzt. Ich sage das auch deswegen, weil gerade die notwendige Kooperation, die zwischen den Trägern der Jugendhilfe und Jugendarbeit sowie den Schulen auf gleicher Augenhöhe stattfinden muss, nicht gewährleistet ist."

Weiter sage Dr. Schmitter: Die Regelungsdichte in dem Gesetzentwurf werde erhöht, anstatt den Schulen Chancen zur selbst verantworteten Entwicklung einzuräumen. Einzelne Vorgänge würden mit großer Akribie geregelt. Offensichtlich habe man den gesunden Menschenverstand bei der Regelung des Schulalltags außen vor gelassen. Zudem sei das Ganze unterfinanziert. Das zeige sich an den fehlenden Möglichkeiten für die Einrichtung genügender Sprachkurse.

Was die Schuleingangsstufe betreffe, so werde nicht klar, welche Veränderungen sich zu dem bisherigen System der Schulkindergärten ergäben. Weder inhaltlich noch organisatorisch sei das geregelt. An mehreren Stellen werde von Fortbildungsnotwendigkeiten gesprochen. Niemand sage, dass Fortbildung Geld koste. Das Ganze richte sich nach der Kassenlage. Das Gesetz sei unterfinanziert und könne von daher auf wenig Resonanz stoßen. Der Gesetzentwurf enthalte zahlreiche handwerkliche Fehler. Es fehle eine Vision, es fehle ein Leitbild.

Gerade mit Blick auf die flexible Eingangsstufe seien massive Bedenken aus dem Bereich der Jugendhilfe gekommen. Sie müssten gewichtet werden. Es sei nicht sinnvoll, diese Bedenken beiseite zu schieben. Selbst die GEW, die den Wechsel noch mitmachen wolle, sage, dass eine Umsetzung des Gesetzes zum jetzigen Zeitpunkt unverantwortlich sei, weil es kein Konzept für das neue System gebe.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

Im Prinzip handele es sich bei dem Gesetzentwurf um Aktionismus, um Populismus. Die Fortbildungspflicht für Lehrer werde festgeschrieben, obwohl das gesetzlich geregelt sei. Das nenne er Populismus.

Zur Integration des Lernbereichs Naturwissenschaften: Das sei wieder "rot pur". Um Nordrhein-Westfalen als Technikstandort zu profilieren, wäre eine Fortbildungsoffensive für die Naturwissenschaften notwendig. Stattdessen werde der Lehrermangel in den naturwissenschaftlichen Fächern durch diese Verwaltungstechnik kaschiert. Das sei unredlich. In der Schulöffentlichkeit komme man so nicht weiter. Alles in allem werde das Innovationspotenzial der Schule, der Lehrerinnen und Lehrer und der Schulöffentlichkeit nicht abgerufen.

Er habe mit Interesse Prof. Dollase zugehört. Sicher müsse man nicht jede Position teilen, die er einnehme. Er stimme ihm allerdings zu, wenn er feststelle, die Basis sei unruhiger, als man sich vielleicht vorgestellt habe, wenn man Mandatsträger und Vorgesetzte frage.

Wie gesagt, das Kernproblem bei diesem Gesetzentwurf liege darin, dass die Schulen nicht mitgenommen würden. Die Ankündigungen von Frau Schäfer würden in der Praxis nicht befolgt. Es sei auch kein Zeichen von Stärke, wenn der Gesetzentwurf heute durchgezogen werde. Ein Zeichen von Stärke der Regierung läge dann vor, wenn die Landesregierung den Entwurf zurückzöge und mit allen Betroffenen in Ruhe darüber nachdächte, um etwas Visionäres, etwas Modernes zu formulieren.

Ralf Witzel (FDP) legt dar, die Bedenken gegen den Gesetzentwurf, die bisher in allen Beratungen massiv geäußert worden seien, sollten die Landesregierung zum Nachdenken bewegen. Er habe wenige Veranstaltungen erlebt - das treffe auch auf die zahlreichen Zuschriften im Vorfeld zu -, auf denen eine so massive Kritik, im Übrigen an den unterschiedlichsten Punkten festgemacht, an einem Vorhaben zum Ausdruck gebracht worden sei. Alle Facetten des Gesetzentwurfes seien nahezu einstimmig abgelehnt worden.

Einige Experten hätten aus fachlicher Sicht die Bedenken gegen die Zerschlagung einzelfachlicher naturwissenschaftlicher Unterrichtung dargestellt. Andere hätten sich den Schwerpunkt Schulkindergarten ausgesucht. Andere wiederum hätten die Finanzprobleme der Kommunen thematisiert. Praktiker aus der Ingenieurszene, Pädagogen, Erzieher, Mediziner hätten ihre Meinung geäußert. Das Konglomerat der Anzuhörenden sei sehr bunt gewesen. Fast ausschließlich seien Nachteile der gesetzlichen Neuregelung aufgezeigt worden.

Natürlich gebe es auch unstrittige Punkte in dem Artikelgesetz. Niemand habe etwas dagegen, den Erziehungsauftrag von Schule zu stärken. Bei den Ressourcen fange es wieder an: Wenn neue Instrumente greifen sollten, dann könnten einige Punkte bei der Umgestaltung des Schuleinstiegs funktionieren, wenn man die Ressourcen zur Verfügung stelle, um für eine bessere individuelle Förderung des einzelnen Kindes zu sorgen.

Wenn die notwendigen finanziellen Ressourcen und Personalkapazitäten mit den beabsichtigten neuen pädagogischen Ansätzen nicht korrelierten, müsse man aufpassen,

dass das Ganze nicht zu einem Rohrkrepierer werde. Der große Wurf, der zum Jahresbeginn als das Handlungskonzept mit Blick auf PISA versprochen worden sei, sei in dieser Vorlage nicht enthalten. Seine Fraktion könne dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Manfred Degen (SPD) hält es für angemessen, aus dem breit angelegten Dialog etwas zu entwickeln, was alle mittragen könnten. Beispielsweise sei das in NRW in zweierlei Hinsicht geschehen: zum einen beim Umwandeln der beruflichen Bildung und der Kollegschulen ins Berufskolleg. Der Prozess habe zwei Jahre gedauert. Alle Kammern, Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften seien mitgenommen worden. Man habe einen Konsens erzielt. Allerdings habe sich die CDU an dem dialogischen Prozess nicht beteiligt. Sie habe nachher als Einzige dagegen gestimmt.

Der zweite Bereich sei die Ausgestaltung der Lehrerausbildung gewesen. Das Lehrerausbildungsgesetz sei schlank formuliert worden. Auch an diesem Prozess habe sich die CDU nicht beteiligt. Alle anderen seien mitgenommen worden. Zum Abschluss habe noch eine Dialogveranstaltung mit Vertretern der Hochschulen und Seminare stattgefunden. Änderungswünsche seien zum Teil übernommen worden.

Nach einem dialogischen Prozess sei das Gesetz gegen die Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen worden. Angesichts dieser Erfahrungen frage er die CDU, ob es ihr um den dialogischen Prozess oder nur um die Außenwirkung gehe. Aufgrund der internen Verbändebeteiligung hätten viele Unterlagen vorgelegen. Von daher hätte man auf eine Anhörung verzichten können, weil die Argumente bereits auf dem Tisch gelegen hätten.

Dann habe die Veranstaltung in Dortmund mit der Initiative gegen das Gesetz stattgefunden. Herr Recker habe damals noch gesagt, dass keine Anhörung stattfinden solle. . Dann sei die CDU-Fraktion wieder umgefallen. Für die Anhörung habe die CDU dann die gesamte Gruppe der Gegner eingeladen. - "Wir konnten nur drei einladen", entgegnet **Bernhard Recker (CDU)**.

Das wolle er noch einmal genau nachzählen, fährt **Manfred Degen (SPD)** fort. Beim nächsten Mal werde das nicht mehr passieren. In den kommenden Anhörungen müsse im Ausschuss genau festgelegt werden, wie viele Experten angehört würden und welche Fragen gestellt werden dürften.

Die CDU-Fraktion benutze das Instrument Anhörung nicht zu ihrer Information, sondern sie suche Leute, die ihre Meinung bestätigten. Da werde sogar auf Leute mit sehr obstrusen Vorstellungen zurückgegriffen.

Ob nun die Basis unruhig sei, diese Beurteilung sollte den Fraktionen jeweils überlassen bleiben. Auch die SPD-Fraktion pflege Kontakte zur Basis.

Herr Kaiser spreche immer von der Kassenlage. Dass man die haushaltstechnischen Möglichkeiten berücksichtige, halte er für selbstverständlich, wenn man einen Gesetzentwurf mache. Er solle umsetzbar und realisierbar sein. Da sei die Kassenlage schon ein entscheidendes Kriterium. Der Haushaltsvorbehalt gelte für alle Dinge. Die Opposition habe die Möglichkeit, ohne Berücksichtigung der Kassenlage Visionen zu entwickeln. Selbst das habe sie nicht getan, geschweige denn irgendwelche Vorschläge un-

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

terbreitet, die das Attribut modern verdienten. Die Opposition kritisiere das, was vorgelegt werde, ohne eine Alternative in die Diskussion zu bringen. Das sei zu wenig. Das sei Populismus, um den Begriff einmal genauer zu erklären.

Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold zeigt auf, genau vier Vertreter seien von der CDU-Fraktion vorgeschlagen worden. Die anderen Vorschläge seien über die anderen Fraktionen gekommen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) unterstreicht, sie habe an der Anhörung nicht teilnehmen können, habe aber Gelegenheit gehabt, in Dortmund die Punkte nachzuvollziehen. Aufgrund des üblichen Verfahrens bei dem Gesetzgebungswerk hätten die Stellungnahmen bereits im Vorfeld vorgelegen. Sie hätten sich in ihren Tendenzen nicht verändert.

Aus sehr unterschiedlichen Gründen würden unterschiedliche Akzente formuliert. Manchen gehe der Gesetzentwurf nicht weit genug; andere sagten, es müsse erst mehr Geld her, ehe man mit Reformen beginne. Andere wiederum lehnten alles ab, weil sie sich für bestimmte weitere Visionen nicht entscheiden könnten. Sie kenne die Vision der FDP und CDU nach PISA nicht. Immer würden die Forderungen erhoben, die schon seit Jahrzehnten genannt worden seien.

Sie verweise auf eine Zuschrift des Grundschulverbandes Baden-Württemberg, in der es heiße, dass die flexible Schuleingangsphase ein wichtiges Instrumentarium sei, um Selektion abzubauen, um Kinder entsprechend ihrer individuellen Möglichkeiten zu fördern. Diesem Reformschritt müssten weitere folgen, etwa die Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit, die Überwindung des Grundgedankens, dass Homogenität die Lösung aller Probleme sei. Über diese Fragen werde schon sehr lange gesprochen.

Egal, welche Reformschritte eingeleitet würden: Es sei immer schwierig, Reformen in Deutschland umzusetzen, in jedem Politikbereich, angefangen bei der Handwerksordnung über die Grundschule bis hin zur Lehrerbildung. Immer gebe es Verbündete, die sich dagegen aussprächen. Sie erinnere an die Bedenken der CDU mit Blick auf die "Selbstständige Schule", obwohl sie das jetzt immer proklamiere.

Immer wenn es um Einzelpunkte gehe, die manchen Leuten vielleicht wehtäten, die sich noch nicht dafür entschieden hätten, mache die CDU einen Rückzieher, weil sie allen Leuten nach dem Mund reden wolle, ohne eine klare Perspektive aufzuzeigen.

Die Einführung der flexiblen Eingangsphase sei sehr wichtig. Die Ministerin habe reagiert und gesagt, dass das Ganze ein Jahr nach hinten geschoben werden könne. Die Schulen, die wollten, könnten anfangen. Manche Schulen hätten das auch gemacht und hielten die Option, das weiter nach hinten zu schieben, sogar für schlecht. Diese Schulen hätten es lieber jetzt direkt für alle verbindlich.

Bezogen auf die offene Ganztagschule würden Punkte formuliert, die gesetzlicher Regelung bedürften, damit die gleiche Augenhöhe zwischen Jugendhilfe und Schule in der Grundschule gewährleistet sei. Man habe nicht nur Lehrerkollegien, sondern auch nicht lehrendes Personal in den Schulen. Auch Kommunen, die im Haushaltssicherungskonzept seien, müssten an der offenen Ganztagschule partizipieren können. Das werde gesetzlich geregelt.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

Die vorschulische Feststellung der Fördernotwendigkeiten werde geregelt. Kinder, die einer besonderen Sprachförderung bedürften, müssten diese erhalten. All das werde in dem Gesetzentwurf geregelt.

Sie teile die Grundsatzkritik über das Gesetz hinaus. Ein Gesetzeswerk entfalte keine bildungspolitische Version. Ein Gesetzeswerk, das bestehende Gesetze verändere, müsse sich an den Gesetzesformulierungen orientieren. Das sei für alle Beteiligten nicht einfach. Sie würde sich auch analog dem schwedischen Schulgesetz wünschen, auf 25 Seiten Bildungsziele und Regelungen zu formulieren, ansonsten den Schulen aufzuerlegen, das so durchzusetzen, und die BASS einfach zu reduzieren. Das hätten sich die Koalitionsfraktionen auch vorgenommen. Wenn dann aber etwas gelockert werde, beklage die CDU, dass damit die pädagogische Qualität aufgegeben würde. Die Haltung der CDU sei nicht stringent.

Zum naturwissenschaftlichen Unterricht: In manchen Zuschriften werde es ausdrücklich gut geheißen, dass jetzt integrativ gearbeitet werden solle. Wenn Herr Kaiser sage, damit werde Unterricht gekürzt, sei das unseriös. Damit werde kein Unterricht gekürzt, damit werde Unterricht anders angelegt. Es sei ein zweites, ganz wichtiges Reformelement, integrativ zu denken und das Lernen nicht in 45-Minuten-Schächtelchen einzuteilen, wie es gang und gäbe gewesen sei.

Dies seien Elemente, Schritte hin zu einer Veränderung von Schule, hin zu einem Denken, dass Schule kindgerecht werden müsse und nicht umgekehrt, dass das Kind schulgerecht werden müsse. Dass sich manchmal die alten Begrifflichkeiten in Gesetzestexten wiederfinden, könne man nicht so schnell ändern, wie man das gerne wolle. Auf dem Weg sei man aber. Sie konzidiere, dass man an der einen oder anderen Stelle noch mehr Geld brauchen könnte. Nach PISA führten die Schritte hin zum Abbau von Selektion und zur qualifizierteren Förderung von Kindern, damit sie einen besseren Schulstart hätten.

Ihre Fraktion habe sich ausführlich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Sie habe mit den Beteiligten diskutiert. Dass jeder Interessenverband unterschiedliche Akzente setze, und zwar aus unterschiedlichen Gründen, sei verständlich. Es handele sich um einen Kompromiss in der Abwägung verschiedener Interessenlagen, dem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre Zustimmung geben könne. Sie hoffe, dass es in der Praxis zu mehr Bildungsqualität in den Grundschulen kommen werde.

Die **Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Ute Schäfer**, weist den Vorwurf zurück, dass dieses Artikelgesetz keine Konzeption enthalte, angeblich sei alles zusammengeschustert. Seit März 2002 liege das Konzept "Bildung und Erziehung stärken" vor. Vier inhaltliche Schwerpunkte seien darin wiederzufinden.

Der erste inhaltliche Schwerpunkt heiße "Gemeinsam Verantwortung übernehmen - Erziehung stärken". Der zweite inhaltliche Schwerpunkt heiße "Erfolgreich starten"; der dritte inhaltliche Schwerpunkt "Wirksam fördern und fordern"; der vierte inhaltliche Schwerpunkt laute "Qualität des Unterrichts entwickeln und sichern". Diese Rahmenvereinbarungen würden seit März 2002 öffentlich diskutiert. Über ein Jahr werde über die Gesamtkonzeption in der bildungspolitischen Landschaft diskutiert.

Das vorliegende Artikelgesetz sehe die Umsetzung einzelner Maßnahmen unter der Rahmenkonzeption "Bildung und Erziehung stärken" vor. Es liege in der Natur eines Artikelgesetzes, dass es keinen inhaltlich einheitlichen Entwurf bilde, sondern dass es aus diesen vier Themenbereichen die gesetzgeberischen Maßnahmen auf den Weg bringe, damit man die Dinge umsetze, die sich in dem Rahmenentwurf wiederfänden.

Sie erwarte von den Mitgliedern des Landtags, dass sie die inhaltlich qualitativen Unterschiede auch erkennen könnten. Bei einem Artikelgesetz könne man nicht davon ausgehen, dass man hierin noch einmal eine inhaltliche Positionierung vornehme, sondern dass es um die Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung in den meisten Teilbereichen gehe.

Es sei nicht Aufgabe eines Gesetzes festzuschreiben, wie viel Geld man dafür in die Hand nehme. Ein Gesetz lege fest, wie man Dinge umsetze, wie man entsprechend handeln müsse. Nichts anderes sei der Gesetzentwurf auch. Da auch die Seiteneinsteiger von dem Gesetzentwurf mit aufgenommen würden, sei das Gesetz etwas befrachtet. Um auf die Notwendigkeiten, die das Bildungssystem zurzeit einforderten, reagieren zu können - eine ausreichende Lehrerversorgung herzustellen -, finde sie das durchaus legitim. So viel Differenzierungsvermögen habe sie eigentlich erwartet.

Nun sage die CDU, dass sich die Fraktionen nicht an den Experten orientierten, die in der Anhörung gesprochen hätten. Sie würde ja der uneingeschränkten Gläubigkeit, was das Expertenwissen angehe, folgen können, wenn sie nicht die Petersberger Beschlüsse der CDU kennen würde. Darin würden die Schülerinnen und Schüler in theoretisch und praktisch Begabte unterteilt. Es werde keine Rücksicht darauf genommen, was Fachwissenschaftler zu solchen bildungspolitischen Ansätzen sagten. Ähnlich wie in der Juristerei könne man auch in der Bildungspolitik durchaus unterschiedliche Wahrnehmungen von Aussagen von Experten und Fachwissenschaftlern haben.

Was die Überlegungen zur konzeptionellen Entwicklung der Schuleingangsphase angehe, so werde die Schuleingangsphase in diesem Schuljahr in den Ländern Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Thüringen umgesetzt. In Baden-Württemberg habe es dazu einen Schulversuch gegeben, der jetzt aus finanziellen Gründen wieder eingestellt werden solle. Vier Bundesländer schlugen diesen Weg ein.

Sie habe gesagt, dass man zur Umsetzung dieser Maßnahme mehr Zeit brauche. Das sei auch in der Verbändeanhörung in der ersten Runde gefordert worden. Darauf habe sie reagiert. Im März diesen Jahres sei ihr vorgeworfen worden, sie würde überhaupt keine Reaktion auf das, was auf PISA erfolgen müsse, zeigen. Langsam verstehe sie nicht mehr, was die CDU von der Landesregierung erwarte. Sie habe immer viel Verständnis für Oppositionshandeln. Die Beweggründe leuchteten ihr durchaus ein.

Zu dem integrierten Lernbereich Naturwissenschaften in den Klassen 5 und 6: Die Erfahrung aus anderen Ländern, die besser seien als Deutschland, zeigten, dass man dort erfolgreich mit diesem Modell arbeite. Das Fach Science gebe es in anderen Ländern in der Form. Auch die Grundschuluntersuchung habe deutlich gemacht, dass in dem integrierten Fach Sachkunde sehr gute Arbeitsergebnisse erzielt würden. Es gehe ihr um integriertes Unterrichten von verschiedenen Fachbereichen. Wenn man projektorientiert und fächerübergreifend arbeite, würden gute Ergebnisse erzielt. Das sei in der Grundschule eindeutig so. Irgendwann müsse man sich entscheiden, welcher fachwis-

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

senschaftlichen Meinung man sich anschließen wolle. Das, was in dem Gesetzentwurf vorliege, sei nach langer Diskussion entstanden. Sie freue sich, wenn das die Koalitionsfraktionen heute auch so tragen würden.

Ralf Witzel (FDP) führt aus, immer wenn die FDP-Fraktion in den letzten drei Jahren Qualitätssicherungsinstrumente beantragt habe, habe sich die Mehrheit des Ausschusses dagegen ausgesprochen. Er denke an die Mittelstufenprüfung, an einheitliche Verfahren zur Erreichung des Sekundarstufenabschlusses I. Alle diese Punkte, die so vehement abgelehnt worden seien, würden nach dem SPD-Bildungsparteitag jetzt in die Wege geleitet. Dass Leistung, Qualitätssicherung und Vergleichbarkeit der Schulstandorte jetzt auch für die SPD von Bedeutung seien, sei zu begrüßen.

Er finde es richtig, dass die SPD Kurskorrekturen vorgenommen habe. Die Innovationen seien aber nicht von der SPD eingeleitet worden. Die Themen beschäftigten seine Fraktion seit Jahren. Die SPD schließe sich dem jetzt an.

Was die Zukunft der Horte angehe, so stelle er eine große Verunsicherung im Lande fest. Er frage, ob diesbezüglich bereits Entscheidungen gefallen seien. Die Kommunen verfügten über einen sehr unterschiedlichen Kenntnisstand. Da wäre es außerordentlich hilfreich, wenn die Ministerin einmal darstelle, was die offene Ganztagschule für die Zukunft der Horte bedeute.

Klaus Kaiser (CDU) meint, der skizzierte Prozess der Konsensfindung mit den Betroffenen im Bereich der Berufskollegs sei ein Beispiel dafür, dass es gelingen könne, die Beteiligten mitzunehmen. Es gehe ja nicht nur darum, die Opposition mitzunehmen.

Der Landesregierung sei es nicht gelungen, bei dem Schulrechtsänderungsgesetz die Fachöffentlichkeit auch nur annähernd mitzunehmen. Wenn allein die Oppositionspolitischer Kritik ausüben würden, wäre man schon ein Stück weiter.

Alle Fachleute inklusive der Opposition liefen Sturm gegen dieses Gesetz. Es gehe darum, an der Schule ein Reformklima zu schaffen, indem man rechtzeitig ausführlich informiere und die Rahmenbedingungen schaffe. Das geschehe hier nicht. Er sehe keinen Konsens, der doch für die Umsetzung des Gesetzes notwendig wäre.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) kommt auf den Lernbereich Naturwissenschaften zu sprechen, der in den Klassen 5 und 6 integriert unterrichtet werden solle. Sie habe sich noch einmal angesehen, welche Leute dazu in der Anhörung Stellung genommen hätten. Das sei einmal Prof. Dollase vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung gewesen.

Wenn ein Hochschuldidaktiker der Physik zu diesem Thema spreche, sei klar, dass er für sein Fach spreche. Das machten doch alle an der Universität in ihren Fachbereichen. Diese Beispiele seien nicht gerade hilfreich für die Diskussion gewesen.

Sie komme zurück auf PISA. PISA habe aufgezeigt, dass es die Schülerinnen und Schüler in den Naturwissenschaften besonders schwierig hätten. Die Anwendung der naturwissenschaftlichen Fächer bereite große Schwierigkeiten.

Das Institut der Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel, das IPN, sei an der Erarbeitung dieses Lernbereichs Naturwissenschaften beteiligt gewesen. Dieses Institut habe den BLK-Versuch "Praxis integrierter naturwissenschaftlicher Grundbildung" fachlich entwickelt. Der Versuch sei ausgewertet worden. Er habe sehr gute Ergebnisse gebracht und bestätige all das, was jetzt in die Wege geleitet werde.

Der Versuch habe die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler erhöht, er habe die Interessen an der Entwicklung einer positiveren Arbeitshaltung gefördert. Gerade für die Altersstufe der Klassen 5 und 6 müsse man ein übergreifendes integriertes Lernen entwickeln, damit die Schüler interessiert seien und es zum Lernerfolg an dieser Stelle komme.

Alle Hochschulen dächten über Module nach. Integriertes Denken in diesen Bereichen sei angesagt. Die Studiengänge würden sich dementsprechend entwickeln. Die CDU sei hinter der Zeit zurück, wenn sie meine, das sei nicht die Zukunft.

Hans-Martin Schlebusch (CDU) merkt an, seit 1997 hätten 500 Grundschulen in Baden-Württemberg mit der flexiblen Schuleingangsphase begonnen. In NRW hätten sechs Modellschulen an einem einsprechenden Versuch teilgenommen. Er verweise auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1152 der Kollegin Monheim "Flexible Schuleingangsphase an Grundschulen". Ihn würden die Ergebnisse des Versuches in NRW sehr interessieren.

Zum Lernbereich Naturwissenschaften: In einem der nächsten Tagesordnungspunkte werde sich der Ausschuss über den Lehrplan für die Fachschule für Sozialpädagogik unterhalten. An keiner Stelle sei die Rede davon, dass die Erzieherinnen auch etwas über physische und chemische Zusammenhänge lernen bzw. eine entsprechende Didaktik erlernen sollten, obwohl die Kinder bereits im Kindergarten mit physikalischen und chemischen Zusammenhängen verstärkt in Berührung kommen sollten.

Natürlich werde im Kindergarten schon über die lebende Natur gesprochen. Andere naturwissenschaftliche Fragestellungen müssten hinzukommen. Er verweise seine Kleine Anfrage vom 19. März 2003 "Berücksichtigung von chemischen und physikalischen Zusammenhängen im Lehrplan "Sachunterricht / Grundschule" (Entwurf vom 4. November 2002). (Die Antwort der Landesregierung wurde mit Datum vom 8.05.03 - Drucksache 13/3870 - gegeben.)

Die frühere Ministerin Behler habe zumindest Kontakt zu Frau Professorin Lück aufrechterhalten. Prof. Dr. Gisela Lück habe nachgewiesen, dass nur 6 % dessen, was im Durchschnitt an Sachunterricht in der Grundschule gegeben werde, dem physischem-chemischen Bereich zuzuordnen seien. Das hänge natürlich mit der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer zusammen. Es setze sich in der Sekundarstufe I fort.

Marie-Theres Ley (CDU) hält fest, in dem Gesetzestext heiße es in der Einleitung, dass keinerlei zusätzliche Kosten entstünden. Die Sprachförderung sei geregelt. Es entstünden keine zusätzlichen Mehrkosten. Das heiße, die Personalkosten, die noch entstünden, entfielen auf die Träger der Angebote.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

Dementsprechend habe sich die Ministerin in dem Gesetzentwurf vorsichtig geäußert. Sie habe nicht gesagt, dass diese Sprachkurse verpflichtend sein würden, sondern sie könnten angeboten werden. Das sei ein Zeichen dafür, wie oberflächlich der Gesetzentwurf gemacht worden sei, von dem erwartet werde, dass er Dinge regele, dass er etwa zu einer besseren Sprachförderung komme.

In Wirklichkeit würden die entsprechenden Mittel nicht zur Verfügung gestellt, sodass die Kurse nicht durchgeführt werden könnten. Es werde Sand in die Augen gestreut. Das gelte für viele andere Punkte auch, in denen es auch um die Kosten gehe. Sie finde es nicht korrekt, wie das dargestellt werde.

Wolfgang Große Brömer (SPD) führt aus, angesichts der Bewertung der CDU der Anhörung habe er den Eindruck, dass er eine andere Veranstaltung besucht habe. Konkret: Er habe die Stellungnahmen der Wissenschaftler, der so genannten Experten, als weitestgehend trivial, banal, punktuell sogar als peinlich empfunden. Offensichtlich teile Herr Kaiser zumindest mit Blick auf die Person Dollase diese Einschätzung. Umso verwunderlicher sei es allerdings, dass man diesen Experten in 14 Tagen in der nächsten Anhörung wieder genießen dürfe.

Nach Meinung des Redners ist die Diskussion über die Integration der Naturwissenschaften zu einem Popanz aufgebaut worden. Es werde der Eindruck erweckt, als werde durch das Schulrechtsänderungsgesetz der fachwissenschaftliche Bereich Naturwissenschaften einfach außer Kraft gesetzt, die Fächer würden abgeschafft und die naturwissenschaftliche Entwicklung werde infrage gestellt.

Vielmehr gehe es darum, die guten Erfahrungen, die man mit dem integrierten naturwissenschaftlichen Anteil im Sachunterricht der Grundschule gemacht habe, und die guten Ansätze mit integriertem naturwissenschaftlichen Unterricht, die in den Schulen bisher gemacht worden seien, fortzusetzen. Von der Opposition werde gesagt, die Fachwissenschaft sei nicht mitgenommen worden. Er habe schon ausgeführt, was von den Experten zu halten sei, die in der Anhörung zu Worte gekommen seien. Viele andere Wissenschaftler beschrieben den integrierten naturwissenschaftlichen Fachunterricht als Chance. Er denke etwa an die Experten an der Universität Kassel. Wenn die CDU die pädagogische Diskussion der letzten zwei Jahrzehnte nicht verschlafen hätte, wäre sie wahrscheinlich auch auf einem anderen Wissensstand.

An vielen Schulen in Nordrhein-Westfalen gebe es längst Arbeitsgruppen, die schulinterne Lehrpläne auf diesen integrierten naturwissenschaftlichen Fachunterricht hin durcharbeiteten. An sehr guten Schulen gebe es diesen Unterricht bereits schon. Dieser Punkt sei in der Anhörung verbandsbezogen, erschreckend diskutiert worden. Auch habe er gravierende Abweichungen zwischen den schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen feststellen können. Er verweise auf den Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen, der in seiner schriftlichen Stellungnahme die Kritikpunkte, die er in der letzten Woche geäußert habe, überhaupt nicht aufführe.

An Herrn Witzel gewandt, fährt Wolfgang Große Brömer fort, Herr Witzel habe die trivialen und banalen Äußerungen von Prof. Berg offensichtlich überbewertet. Die meisten Teilnehmer der Veranstaltung hätten die Schulform vertreten, die sich schon in der Vergangenheit als extrem unbeweglich erwiesen habe.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

Im Kern gehe es darum, dass nicht Unterricht gekürzt, nicht Lehrermangel kaschiert werde, sondern dass vernünftige pädagogische Inhalte eines integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts, gemeinsame Grundlagen für naturwissenschaftliche Erkenntnisprozesse in den Klassen 5 und 6 integriert unterrichtet werden sollten. Wer da von einer Gefährdung der Fachwissenschaften spreche, kenne sich in der Materie nicht aus.

Zusammengefasst: Die Anhörung habe zumindest mit Blick auf den integrierten naturwissenschaftlichen Unterricht keinen Erkenntnisgewinn gebracht. Sie habe Formulierungen und Stellungnahmen gesammelt, die noch vor 20 oder 30 Jahren zu den pädagogischen Erkenntnissen gehört hätten, die aber den Erkenntnisprozess der letzten zehn Jahre nicht einmal ansatzweise berührten.

Die **Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Ute Schäfer**, kommt zunächst auf den Schulversuch FiLiS "Förderung innovativer Lernkultur in der Schuleingangsphase" zu sprechen. Der Zwischenbericht über den fünfjährigen Schulversuch, in dem die jahrgangsübergreifenden Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler verwirklicht worden sei, sei an die Abgeordneten übersandt worden. Der Bericht müsse den Abgeordneten kurzfristig zugehen.

Bei den integrierten Naturwissenschaften werde über die Jahrgänge 5 und 6 und die Jahrgänge 7 und 8 optional gesprochen. Ein Studium der Fächer Biologie, Physik oder Chemie decke zumindest im Grundstudium auch naturwissenschaftliche Themen aus den Bereichen Physik und Chemie mit ab.

Nach den Erfahrungen aus anderen Ländern gehe sie davon aus, dass es das Studium einer Naturwissenschaft ermögliche, den grundsätzlichen Unterricht in den Klassen 5 und 6 in den anderen naturwissenschaftlichen Fächern zu erteilen. Es sei wichtig, die Naturwissenschaftler nicht nur als auf ihren Bereich fixierte Experten zu verstehen. Sie studierten alle ein breites naturwissenschaftliches Spektrum. Die Lehrer würden auf diese neue Art des Unterrichts vorbereitet. Das integrierte Fach Naturwissenschaften werde im Übrigen erst mit einer Vorlaufphase eingeführt.

Zur Zukunft der Horte: In dem Jugendausschuss sei darüber intensiver diskutiert worden. Mit dem Beschluss, die offene Ganztagsgrundschule umzusetzen, sei auch ein Finanzierungskonzept in Angriff genommen worden, bei dem die Landesregierung die Mittel, die sie in die Betreuung von Kindern und Jugendlichen investiere - 13 plus, SiT und anteilig Hort -, in die Finanzierung mit hinein nehme und zusätzlich noch andere Maßnahmen der Finanzierung entwickle, wie die 40 Millionen € zusätzlich und die 800 Lehrerstellen.

Die Finanzierung sei deutlich aufgestockt worden. Die Rahmenvorgaben sähen vor, dass Städte, die Ganztagsgrundschulen einrichteten und Hortplätze umwandelten, sie mit in den offenen Ganztagsunterricht einbrächten. Nach der Antragslage werde das so kommen. Die Umwandlung werde stattfinden. Die Anzahl der Hortplätze liege in Nordrhein-Westfalen bei gut 30.000. Die Zahl habe sich seit Jahren nicht verändert. - "Es dürften keine neuen Hortplätze eingerichtet werden", wirft **Michael Solf (CDU)** ein.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

Vom Land gebe es seit zwei Jahren das Angebot der Bezuschussung von 2.000 weiteren Hortplätzen, worauf keine Kommune mehr zurückgegriffen habe, fährt **Ministerin Ute Schäfer** fort. Die Einrichtung der Horte sei eine kommunale Aufgabe. Die Kommunen finanzierten die Horte zu zwei Dritteln, das Land bezuschusse ein Drittel. Diese Gelder seien nicht abgerufen worden.

Da sich dieses System nicht weiterentwickelte, sei man auch zu dem Schluss gekommen, dass ein anderes System notwendig sei, wobei die Hortfinanzierung mit eingeplant werden müsse. Sie gehe davon aus, dass Hortplätze in Ganztagsschulangeboten mit einfließen würden.

Bernhard Recker (CDU) kommt auf den Ablauf der Anhörung zurück. Jetzt werde so getan, als ob es sich bei der Anhörung um eine CDU-Veranstaltung gehandelt habe. Wie die anderen Fraktionen auch, habe seine Fraktion Vorschläge gemacht. Allerdings sei es überraschend, dass nahezu alle Anwesenden die Meinung vertreten hätten, dass der Gesetzentwurf nicht verabschiedungsreif sei. Die von Herrn Große Brömer so vehement gelobten Experten, die das Ganze mittrügen, habe er nirgendwo hören können. Das als CDU-Veranstaltung darzustellen, sei schon absurd. Bis auf ein oder zwei Vertreter hätten alle das Ganze abgelehnt.

Die Äußerungen der Experten als banal oder trivial darzustellen, sei arrogant. Er frage Herrn Große Brömer, wie ernst er eine solche Anhörung nehme. Wenn man mit einer solchen Arroganz darüber hinweggehe, sollte sich der Ausschuss das Ganze sparen. Zum Inhalt habe Herr Große Brömer gar nichts gesagt. Viele Bedenken seien vorgetragen worden, die man ernst nehmen müsse.

Die Ministerin werde etwa im "General-Anzeiger" aufgefordert, die Basis mitzunehmen. Die Basis sei verunsichert. Es finde kein Dialog statt. Man werde nicht informiert. Das äußerten die Betroffenen in allen Veranstaltungen. Die Ministerin habe die Menschen nicht mitgenommen. Sie haben eine große Chance verpasst. Das Schulrechtsänderungsgesetz sollte neu diskutiert werden. Wenn das Motto "Augen zu und durch" hier angewandt werde, verlören die Ministerin und die Koalitionsfraktionen das letzte Stück Glaubwürdigkeit.

Hans-Martin Schlebusch (CDU) hält fest, die Ministerin habe sich nicht zu den Mängeln im Bereich des Kindergartens geäußert. Der Lernplanentwurf für die Fachschule für Sozialpädagogik vom 15. April liege vor. Es gebe ein Fach Biologie, Ökologie, Gesundheit, das nichts mit Physik und Chemie zu tun habe. Das sollte Grundlage sein, damit die Erzieherinnen die Themen mit den Kindern spielerisch abhandeln könnten.

Die Ministerin habe auch nichts zu den Mängeln im Bereich des Sachunterrichts in Nordrhein-Westfalen gesagt. Frau Prof. Lück habe das immer wieder hervor. Baden-Württemberg habe dem Fach Sachunterricht einen neuen Namen gegeben, nämlich Natur und Kultur, um auszudrücken, dass die Kinder mit den Naturwissenschaften und der Kultur - Musik und Kunst - in Berührung kommen sollten.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
34. Sitzung (öffentlich)

25.06.2003
sd-be

Ralf Witzel (FDP) kommt auf die Systematik der Horte mit Blick auf die bisherigen Finanzierungsstrukturen zu sprechen. Ihm sei nicht klar, welche Rolle sie zukünftig spielen. Er frage, in welchem Umfang es im Vergleich zu heute in drei oder fünf Jahren noch Horte geben werde und wenn ja, in welchen Kommunen.

Die Ministerin habe den Transformationsprozess beschrieben. Das sage aber nicht, welche Entwicklung die Horte in den nächsten Jahren nehmen und welche Rolle sie spielen würden.

Die offene Ganztagschule sei ein freiwilliges Angebot an die Kommunen, antwortet **Ministerin Ute Schäfer**. Man wisse noch nicht, inwieweit sie angenommen werde. Das müsse abgewartet werden. - "Die Horte würden also irgendwann überflüssig", betont **Ralf Witzel (FDP)**.

Sie wisse nicht, wie die Kommunen reagieren würden, bemerkt **Ministerin Ute Schäfer**. Sie habe nur gesagt, dass das Land die Hortfinanzierung bei der Konzeptionierung der offenen Ganztagsgrundschule mit eingerechnet habe. - "Damit wollen Sie die Horte substituieren", folgert **Ralf Witzel (FDP)**.

Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold zeigt auf, der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie habe am Vortage mit den Stimmen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion die Annahme des Gesetzentwurfes empfohlen.

Er habe noch eine redaktionelle Änderung seitens der Landesregierung vorzutragen. In dem Gesetzentwurf werde in Artikel 18 - In-Kraft-Treten - Abs. 3 a) hinter der Zahl 7 die Worte "und 8" gestrichen.

Der **Ausschuss** ist einverstanden.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 13/3722** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **zu**.

2 Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK)

Vorlage 13/2185

Die **Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Ute Schäfer**, trägt vor:

Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Änderungsverordnung enthält eine Vielzahl von redaktionellen Verbesserungen und Klarstellungen, die auf Anregung der Berufskollegs, der Schulaufsichtsbehörden und der Verbände in die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Be-